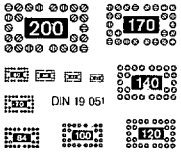

SPD

KOMMUNALPOLITISCHES PROGRAMM

1981 – 1985

C81-897

SPD-Unterbezirk
Hochtaunus

WAHLPROGRAMM

DER SOZIALDEMOKRATEN IM HOCHTAUNUSKREIS

HERAUSGEBER:

SPD-UNTERBEZIRK
BASLER STRASSE 2
6380 BAD HOMBURG V.D.H.
TEL.: 06172/ 24034

DRUCK: SPD-UNTERBEZIRKSBÜRO

C81-897

Wahlprogramm

der Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis.

Vorwort:

In den mehr als 3 Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg haben Sozialdemokraten an verantwortlicher Stelle für den Aufbau und die Entwicklung des Obertaunuskreises und des Landkreises Usingen gearbeitet.

Sie haben maßgeblich dazu beigetragen, daß die beiden Gebietskörperschaften harmonisch zum Hochtaunuskreis zusammengewachsen sind. Ein leistungsfähiger Großkreis ist entstanden:

Die bereits gute Infrastruktur im Vordertaunus konnte weiter verbessert, der Nachholbedarf des Usinger Landes schrittweise abgebaut werden.

Die Kommunalwahl 1977 brachte auch den Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis eine herbe Niederlage. Die CDU regiert seit dieser Zeit mit absoluter Mehrheit, den Interessen der Bevölkerung hat sie jedoch nicht Rechnung getragen:

So ist sie z.B. in der Schulpolitik nicht bereit, eine wirkliche Chancengleichheit für alle herbeizuführen, sondern will überholte Schulsysteme beibehalten; in der Verkehrspolitik ist es ihr nicht gelungen, ein klares Konzept zu entwickeln, das vor allem auf eine stärkere Förderung der öffentlichen Nahverkehrsmittel abzielt. In der Sozialpolitik kann sie kein Konzept zu einer stärkeren Beteiligung der Jugend am politischen Willensprozeß aufweisen und in der Umweltpolitik gelang es ihr nicht, wesentliche Maßnahmen zu Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts im Hochtaunuskreis zu realisieren.

Die Sozialdemokraten haben sich nach der Niederlage nicht in den Schmollwinkel zurückgezogen, sondern eine in der Sache harte, aber konstruktive Opposition betrieben. Zeugnis dafür sind die von der SPD-Kreistagsfraktion vorgelegten Konzepte für die Bereiche Jugend-, Bildungs-, Verkehrs- und Umweltpolitik, die Grundlage für die weitere kommunalpoltiische Arbeit im Hochtaunuskreis sein werden und die interessierte Bürger bei der SPD-Geschäftsstelle in Bad Homburg, Basler Straße 2, anfordern können.

Aufgrund der dort ausführlich erläuterten Positionen wurde das folgende Wahlprogramm für die Jahre 1981 bis 1985 erarbeitet, um den unverwechselbaren sozialdemokratischen Weg sichtbar zu machen.

Ernst Welteke Unterbezirks- vorsitzender	Helmut Bruns Geschäftsführer	Peter Hartherz Fraktionsvorsitzender

Grundwerte und Ziele sozialdemokratischer Kommunalpolitik.

Sozialdemokratische Kommunalpolitik orientiert sich an den Grundwerten des demokratischen Sozialismus. Sie stützt sich dabei auf die Überzeugung, daß keines der in den kommenden Jahren aufgrund eines immer enger werdenden finanzpolitischen Spielraumes auf uns zukommenden Probleme in den verschiedensten Bereichen mit den Grundüberzeugungen und Mitteln konservativer Politik besser gelöst werden kann als durch eine Politik sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit. Im Gegenteil: Bei dem enger werdenden Verteilungsspielraum einer nicht mehr oder kaum noch expandierenden Wirtschaft wird härter um den gerechten Anteil für die breiten Arbeitnehmerschichten unseres Volkes gerungen. Insbesondere für die aus sozialen und anderen Gründen Benachteiligten trägt dabei die öffentliche Hand ein hohes Maß an Verantwortung. Dabei wird sich zeigen, daß eine Politik, die sich von den sozialistischen Grundwerten "Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität" leiten läßt, das besseres Konzept zur Festigung und zum Ausbau unserer demokratischen Gesellschaft auf allen Ebenen aufzuweisen hat.

Bei der Verwirklichung ihres Ringens um mehr Lebensqualität und mehr Chancengleichheit setzen die Sozialdemokraten insbesondere im kommunalpolitischen Bereich auf mehr Bürgerbeteiligung. Der Bürger muß aktiv seine heimische Lebensumwelt mitgestalten können. Bürgerinitiativen sind oft Ausdruck des Verlustes an Öffentlichkeit und von Bürgerbeteiligung. Deshalb müssen die Betroffenen frühzeitig umfassend und verständlich

informiert werden. Mehr Bürgermitwirkung und Bürgerbeteiligung wird ein stärkeres Interesse der Bürger an den Aufgaben und Problemen des Hochtaunuskreises hervorrufen.

Schwerpunkt 1:

Sozialdemokratische Strukturpolitik - Sicherung der Arbeitsplätze und Verbesserung der Lebensqualität

Die Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis werden sich in den kommenden Jahren verstärkt für die allgemeine Existenzsicherung durch Sicherung der Arbeitsplätze und die weitere Verbesserung der Lebensqualität einsetzen. Besonders ist darauf zu achten, daß der 1972 unter sozialdemokratischer Führung eingeleitete Abbau des Strukturgefälles zwischen cem Vordertaunus und dem Usinger Land fortgesetzt wird. Bei allen Maßnahmen des Kreises ist den Belangen des Umweltschutzes vorrangig Rechnung zu tragen.

Im Einzelnen bedeutet dies:

Sicherung der Arbeitsplätze

- Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Ansiedlung und den Erhalt von Betrieben ist die Sicherung bestehender Arbeitsplätze und die Schaffung krisenfester und umweltfreundlicher neuer Arbeitsplätze in der gewerblichen Wirtschaft weiter zu fördern;
- der Ausbau des Fremdenverkehrs und der Erholungs- und Feriengebiete im Hoch- und Hintertaunus ist weiter zu entwickeln;
- die Förderungsmittel des Kreises für Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur sind aufzustocken.

Schutz unserer Umwelt

- Zur Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts sind Naturschutz und Landschaftspflege verstärkt zu fördern;
- der freie Zugang zu Gewässern und Wäldern ist zu sichern;

- die landwirtschaftliche Nutzfläche ist zu schützen;
- Ausbaumaßnahmen an offenen Gewässern zum Hochwasserschutz sind nur in unumgänglich notwendigem Rahmen unter Berücksichtigung des Landschaftsbildes und der Belange des Naturschutzes durchzuführen;
- Schäden, die durch bereits vorgenommene Bachregulierungen verursacht worden sind, sind schrittweise zu beseitigen;
- die Wasserqualität in den öffentlichen Gewässern ist durch Fortsetzung der Förderung des Baues moderner Kläranlagen weiter zu verbessern.

Bewahrung der Kulturlandschaft

Der Hochtaunuskreis ist eine schon seit Jahrtausenden von Menschen geprägte Kulturlandschaft. Der Bewahrung der Eigenart dieser Landschaft wie deren sinnvoller Weiterentwicklung gilt unser Interesse.

Deshalb treten die Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis dafür ein:

- Ergänzend zu den Baumaßnahmen in den Siedlungsschwerpunkten Friedrichsdorf und Neu-Anspach sind die Orts- und Stadtkerne der anderen Städte und Gemeinden des Kreises in eine zu verstärkende Planungs- und Wohnungsbaupolitik einzubeziehen. Heutige Wohn- und Lebensansprüche sollen und können auch in den alten Ortskernen befriedigt werden;
- für alle Altersgruppen müssen erschwingliche Wohnangebote vorhanden sein, die in vielfältiger Weise soziale Beziehungen fördern;
- die für den Bau- und Investitionsbereich zur Verfügung stehenden Mittel sind im Hinblick auf die vorher genannten Zielsetzungen zu koordinieren.

Verbesserung des Verkehrsnetzes

- Das vorhandene öffentliche Verkehrsnetz ist zu sichern, wobei der Erhaltung von Bahnlinien und dem Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs besondere Bedeutung zukommt;
- die bisherigen Planungen für den Ausbau überregionaler Straßen sind zu überdenken;
- bei noch notwendigen Weiterentwicklungen des Verkehrsnetzes sind Groß-, Neu- und Erweiterungsbauten in möglichst landschaftsschonendem Bauverfahren zu erstellen. Auf ausreichenden Lärm- und Emmissionsschutz ist besonders zu achten;
- der Bau eines Radwegenetzes im Hochtaunuskreis sowohl im Siedlungsbereich als auch zwischen Gemeinden und ihren Ortsteilen ist energisch voranzutreiben.

Abfallbeseitigung

- Der Umlandverband Frankfurt/Main wird mit Nachdruck an seine durch Gesetz festgelegte Verantwortung erinnert, eine moderne und leistungsfähige Müllbeseitigungsanlage für das Rhein-Main-Gebiet in Angriff zu nehmen;
- bis zu diesem Zeitpunkt, der sich durch das zeitraubende Verfahren der Planfeststellung und Genehmigung noch einige Jahre hinausziehen wird, muß die Deponie Brandholz in vertretbarem Umfang erweitert werden;
- die Kreismülldeponie soll vorrangig für den anfallenden Hausmüll genutzt werden, Erdaushub soll nur in dem Umfang angenommen werden, wie er zur Abdeckung des Hausmülls notwendig ist. Der restliche Aushub sollte zur Errichtung von Lärmschutzwällen und zur Abdeckung und Rekultivierung der in den letzten Jahren geschlossenen Müllkippen im Kreisgebiet verwendet werden;

- Verfahren zur Wiederverwertung von Abfallstoffen sind zu fördern.

Schwerpunkt 2:

Sozialdemokratische Bildungspolitik - Bildung für alle.

Sozialdemokraten sehen ihre Hauptaufgabe in der Bildungspolitik darin, bei allen Kindern die vorhandenen Fähigkeiten zu wecken und das Bestreben zu fördern, während des ganzen Lebens weiterzulernen. Sie wollen deshalb ein Bildungssystem schaffen, das den jungen Menschen die Chance gibt, ihre Begabungen, Neigungen und Fähigkeiten zu entfalten. Nur so können junge Menschen in die Lage versetzt werden, als Erwachsene ihr persönliches, berufliches und soziales Leben selbstverantwortlich zu gestalten. Das dreigliedrige Schulsystem kann solchen Zielen nicht gerecht werden. In ihm werden junge Menschen zu früh als "Versager" gebrandmarkt, weil dort künstliche Hürden aufgerichtet werden, die der Auslese von Schülern dienen.

Sozialdemokraten wollen deshalb ein nach Altersstufen gegliedertes Schulsystem:

- Vorschulische Erziehung für alle Kinder im Kindergarten oder in der Eingangsstufe;
- Grundschule für alle Kinder vom 6. - 1o. Lebensjahr (Primarstufe);
- Förderstufe und Gesamtschule für alle Kinder vom 11. bis 16. Lebensjahr bei einer 1o-jährigen allgemeinen Schulpflicht (Sekundarstufe 1);
- Breitgefächertes Unterrichtsangebot in der Oberstufe (Sekundarstufe 2). In dieser Oberstufe sind allgemeinbildende und berufliche Angebote für alle zu schaffen, um die Gleichwertigkeit zwischen gymnasialer und beruflicher Ausbildung herzustellen.

Archiv der sozialen Demokratie * Bibliothek * Bonn

Durch die sozialliberale Koalition wurden im Hochtaunuskreis in den Jahren vor 1977 weitgehend die organisatorischen und räumlichen Voraussetzungen fur ein nach Stufen gegliedertes Schulsystem geschaffen. In den nächsten Jahren sind, darauf aufbauend, folgende Schwerpunkte zu setzen:

- Schaffung eines weiteren integrierten Gesamtschulangebots im Vordertaunus, um dem vorhandenen Elternwillen zu entsprechen;
- Neuordnung des Bildungsangebots im Stadtbereich von Bad Homburg;
- organisatorische und pädagogische Weiterentwicklung der integrierten und additiven Gesamtschulen: Abbau der noch am dreigliedrigen Schulsystem orientierten Schranken zwischen den Zügen der additiven Gesamtschulen;
- Erweiterung des Unterrichtsangebots in den beruflichen Schulen, um jedem Schüler 12 Wochenstunden Unterricht zu sichern. Ausbau des Bad Homburger Modells zum Erwerb von Doppelqualifikationen (berufliche und allgemeine Ausbildung);
- Förderung der Sozialarbeit in den Schulen (Nachmittagsbetreuung, Hausaufgabenhilfe, Pausen- und Freistundengestaltung);
- Verstärkung der Angebote der Volkshochschulen im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere in den ländlichen Gebieten;
- bessere Abstimmung zwischen den Stundenplänen der Schulen und den Fahrplänen der öffentlichen Verkehrsmittel;
- Fertigstellung der noch notwendigen Schulräume und derBau noch teilweise fehlender Sportanlagen, abgestimmt auf die jeweilige Schulform.

Schwerpunkt 3 :

Sozialdemokratische Gesundheits- und Sozialpolitik - Gleichberechtigte Versorgung aller Bürger.

Es ist das Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik, Gesundheit zu erhalten und im Krankheitsfall Hilfen bereitzustellen. Ziel ist eine gleichberechtigte Versorgung unabhängig von der wirtschaftlichen und sozialen Stellung. Krankheit kann viele Ursachen haben: schlechte Wohn- und Arbeitsbedingungen, Umweltgifte, Verkehrsunfälle, persönliche Probleme und viele andere mehr. Wir Sozialdemokraten halten es für außerst wichtig, Krankheiten zu verhindern. Alle unsere Bemühungen gelten daher übergreifenden vorsorgenden Anstrengungen für gesunde Lebensbedingungen.

Das heißt für die Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis:

- Der öffentliche Gesundheitsdienst muß verbessert werden, ebenso die Gesundheitsberatung und die Gesundheitserziehung;
- die mobile Krankenpflege ist verstärkt zu fördern;
- die psychosoziale Versorgung der Bevölkerung, insbesondere für psychisch Kranke und Krebskranke ist zu verbessern;
- die Betreuung und Beratung von Suchtgefährdeten und Suchtkranken ist weiter auszubauen, insbesondere durch Schaffung eines ausreichenden Angebots an Therapieplatzen und neuer Beratungsstellen;
- das Kreiskrankenhaus in Bad Homburg ist weiter auszubauen und in seiner inneren Struktur weiterzuentwickeln. Das Usinger Kreiskrankenhaus ist als Krankenhaus der Grundversorgung für das Usinger Land zu erhalten und den Erfordernissen entsprechend zu modernisieren.

Ziel sozialdemokratischer Sozialpolitik ist es, Chancengleichheit herzustellen und allen Bürgern eine notwendige materielle Sicherheit zu garantieren. Ein Abbau sozialer Leistungen und Dienste hat deshalb zu unterbleiben.

Im Gegenteil: Die soziale Sicherheit ist im Hochtaunuskreis insbesondere durch Verbesserung der sozialpflegerischen Dienste weiter auszubauen.

Die Sozialdemokraten sind deshalb der Auffassung, daß der Staat aus seiner grundsätzlichen Verantwortung für soziale Sicherheit und Sozialpolitik nicht entlassen werden kann. Er ist aber auf die Mithilfe der freien Träger angewiesen. Ihre Arbeit ist zu einem unverzichtbaren Bestandteil unserer Sozialpolitik geworden, die weiter gefördert werden muß.

Eine wichtige sozialpolitische Maßnahme der Zukunft besteht darin, die Gleichstellung der ausländischen Mitbürger mit den Inländern zu verwirklichen. Hierzu sind im kommunalen Bereich vor allem soziale Maßnahmen zur Verbesserung deren Lebenssituation erforderlich. Hierbei bieten sich an die verstärkte Umsetzung der Konzepte zur Berücksichtigung der Belange ausländischer Kinder im vorschulischen und schulischen Bereich, Förderungsprogramme im Rahmen der beruflichen Ausbildung, Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus sowie die Schaffung von Ausländerbeiräten. Diesen Maßnahmen kommt vorbereitende Bedeutung zu hinsichtlich der Einführung des kommunalen Wahlrechts.

Ein besonderes Problem stellen die Asylanten dar. Hier muß der Hochtaunuskreis die auf ihn entfallende Anzahl an Flüchtlingen rasch und unbürokratisch aufnehmen, ihnen angemessene Lebensbedingungen verschaffen und sich bemühen, die Aufnahmekapazitäten darüber hinaus zu erhöhen.

Die Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis treten deshalb dafür ein:

- Füs das Kreisgebiet ist unverzüglich ein Altenplan zu erarbeiten; Schwerpunkt der künftigen Arbeit fur die älteren Mitbürger muß die offene Altenhilfe sein;
- die vorhandenen Einrichtungen sind, wo nötig, zu verbessern; zusätzliche Pflegeheimplätze müssen geschaffen werden;
- die finanzielle Förderung von Maßnahmen der Städte und Gemeinden sowie der freien Träger durch den Kreis ist sicherzustellen;
- behinderten Mitbürgern ist die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben zu erleichtern;
- zunehmend werden betroffene Bürger aktiv und organisieren Selbsthilfe (z.B. Kind im Krankenhaus, Frauenhaus-Initiative, Pro-Familia, Eltern-Initiative etc.). Ihre sinnvolle Arbeit muß unterstützt werden;
- Bereitstellung von behindertengerechten Arbeitsplätzen und behindertengerechten Wohnungen.

Schwerpunkt 4 :

Sozialdemokratische Jugendpolitik - Politik für die Jugend

Alle kommunalpolitischen Entscheidungen haben Auswirkungen auf Jugendliche. Deshalb ist es Ziel sozialdemokratischer Politik, die Jugend stärker als bisher an der kommunalpolitischen Willensbildung zu beteiligen. Dies kann in bestehenden Institutionen wie Jugendringen, Beiräten, Jugendzentren, Schülervertretungen und darüberhinaus Meinungsaustausch mit allen Gruppierungen der Verbands-, Vereins- und offenen Jugendarbeit erfolgen.

Die spezifische Jugendpolitik hat hierbei einen besonderen Stellenwert. Ziele sozialdemokratischer Politik sind deshalb:

- Soziale Benachteiligung abzubauen;
- junge Menschen zu befähigen, ihre persönlichen und gesellschaftlichen Lebensbedingungen zu erkennen, um an ihrer Gestaltung und Veränderung solidarisch und verantwortlich mitzuwirken;
- die Mit- und Selbstbestimmungsrechte Jugendlicher in allen Bereichen auszubauen;
- ausreichende finanzielle und personelle Mittel für die außerschulische Jugendbildung zur Verfügung zu stellen und für den Kreis endlich ein kommunales Jugendbildungswerk zu schaffen;
- Jugendklubs und Jugendzentren mit angemessener pädagogischer Beratung bei weitestgehender eigener Verantwortung der Jugendlichen ist durch den Kreis und die Gemeinden die notwendige Unterstützung zu gewähren;

- Jugenderholungs- und Freizeitmaßnahmen des Kreises und die Unterstützung von Maßnahmen der Jugendverbände sind fortzuführen;
- das kreiseigene Kindererholungsheim in Bairawies ist zu einer Jugendbegegnungsstätte auszubauen;
- die Beratungsstelle für Eltern, Kinder und Jugendliche ist auszubauen;
- den Schulabgängern im Hochtaunuskreis sind angemessene Ausbildungsplätze und spätere Arbeitsplätze zu vermitteln;
- arbeitslose Jugendliche sind gezielt zu beraten und zu fördern;
- auf die Integration ausländischer Jugendlicher ist ein besonderes Augenmerk zu richten.

Schwerpunkt 5 :

Sportpolitik - Ein unverzichtbarer Teil der Gesellschaftspolitik.

Die Sozialdemokraten im Hochtaunuskreis vertreten die Auffassung, daß die Angebote der Sportvereine nicht nur der "körperlichen Ertüchtigung" dienen, sondern daß alle kommunikativen, geselligen, gesundheitlichen und sozialen Werte, die im Sport enthalten sind, durch die Sportvereine vermittelt werden. Sportvereine sind wichtige Träger des Freizeitlebens.

Die Sozialdemokraten verstehen sich nicht als Vormund der Vereine. Sie sind verläßliche Partner der Sportler. Sportförderung ist für sie eine verpflichtende Aufgabe. Nachdem in den vergangenen Jahren das Angebot an Sportstätten der verschiedensten Art im Hochtaunuskreis beträchtlich erweitert wurde, kommt es nun darauf an,

- noch vorhandene Lücken zu schließen;
- den Behindertensport verstärkt zu fördern;
- einen familiengerechten Sport zu ermöglichen;
- den Freizeitsport durch verstärkte Nutzung aus den öffentlichen Mitteln für die Allgemeinheit zu unterstützen;
- die Zusammenarbeit zwischen Schulen, Vereinen und Verbänden zu fördern sowie
- den Vereinen und Fachverbänden als Träger des Sports Hilfen anzubieten.